
Deklaration für nachhaltiges Palmöl

Kommunen und Behörden für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung

Der Erhalt tropischer Regenwälder ist für ein intaktes, globales Klimasystem unabdingbar. Der jahrzehntelange, weltweite Durst nach Palmöl und die damit einhergehende Expansion der Ölpalmsplantagen zerstört jedoch immer noch Waldgebiete entlang des Äquators. Insbesondere wo Wälder und metertiefe Torfböden brennen, werden beträchtliche Mengen an Klimagasen freigesetzt, was den globalen Klimawandel weiter vorantreibt. Dabei geht immer mehr Lebensraum seltener Tier- und Pflanzenarten verloren, was maßgeblich zum dramatischen Artensterben beiträgt. Zudem sind Millionen Kleinbauern und Plantagearbeiter*innen von unfairen oder menschenrechtswidrigen Arbeitsbedingungen betroffen. Auch die indigene und lokale Bevölkerung sieht sich vielerorts noch von gewaltsamem Landraub durch Konzerne bedroht. Unternehmen, die Produkte mit Palmöl herstellen, vertreiben oder einsetzen, müssen daher dringend zum Schutz der Menschenrechte und Wälder verpflichtet werden.

Der öffentliche Sektor besitzt mit einem jährlichen Auftragsvolumen von bis zu 500 Mrd. Euro einen beträchtlichen Hebel, um zahlreiche Hersteller und Händler zum Engagement für nachhaltige Anbau-praktiken zu verpflichten. Denn Palmöl ist heute in unzähligen Produkten zu finden, die auch für den Einkauf der öffentlichen Hand relevant sind. Es findet sich in Speiseangeboten öffentlicher Kantinen oder Cateringdienstleistungen, in Wasch- und Reinigungsmitteln, mit denen öffentliche Gebäude gesäubert werden, oder in den Seifenspendern der Verwaltungsgebäude. Darüber hinaus können auch Chemieprodukte, wie Schmierstoffe, Farben oder Gummiprodukte Palmöl aus unsicheren Quellen enthalten.

Unternehmen, die Palmöl nur noch aus zertifiziert nachhaltigem Anbau beziehen, setzen einen ersten wichtigen Baustein zur nachhaltigen Transformation des Palmölsektors und Schutz der Wälder um. Denn bei Palmöl aus zertifiziertem Anbau sind Rodungen wertvoller Wälder verboten. Es stammt nur von lange bestehenden Plantagen oder von degradierten Flächen, für die nachweislich keine schützenswerten Ökosysteme zerstört werden. Auf den zertifizierten Plantagen müssen außerdem Mindestanforderungen zum umwelt- und sozialverträglichen Anbau erfüllt werden. Um die nachhaltige Entwicklung der Anbauländer sowie Klima- und Artenschutz voranzubringen, sollte also in allen Vergaben der öffentlichen Hand auf Palmöl aus nachhaltigem Anbau gesetzt werden.

Mit der Unterzeichnung dieser Deklaration verpflichten sich daher Kommunen, Gemeinden, Landkreise, Städte und Landes- und Bundesbehörden, in der öffentlichen Beschaffung künftig auf Palmöl aus zertifiziert nachhaltigem Anbau zu achten. Produkte, die Palmöl enthalten, das ohne jegliche Prüfung aus unsicheren Quellen bezogen wird, sollen schnellstmöglich vom öffentlichen Einkauf und Dienstleistungsaufträgen ausgeschlossen werden. Dazu streben die oben genannten Akteure an, Anforderungen zum nachhaltigen Ölpalmenanbau schrittweise in den Vergabeunterlagen von potentiell palmölhaltigen Produkten bzw. Dienstleistungen, die diese umfassen, aufzunehmen. Darüber hinaus unterstützen sie das Ziel, Palmöl aus nachhaltigem Anbau möglichst auch in verbindlichen Vergaberegelungen zu verankern.

Des Weiteren sind auch privatrechtliche Unternehmen und Institutionen aus dem öffentlichen Sektor aufgerufen, das Ziel nachhaltiger palmöhlhaltiger Produkte zu unterstützen. Dazu können Organisationen, wie z.B. Stadtwerke, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Verkehrsbetriebe, Sportstätten, Museen, Zoos und Krankenhäuser, die Deklaration unabhängig von den öffentlichen Akteuren mitzeichnen.

Den Unterzeichner*innen ist bewusst, dass ihre Selbstverpflichtung zu Palmöl aus nachhaltig zertifiziertem Anbau nur eine Mindestmaßnahme im Kampf gegen Regenwaldrodungen darstellt. Der Erhalt der Regenwälder kann nur gelingen, wenn die Regierungen der Tropenländer weiteren Entwaldungstreibern, wie Forst- und Landwirtschaft, Bergbau und Urbanisierung, Einhalt gebieten. Um den Schutz der Regenwälder voranzutreiben, sind daher dringend weitere gesetzliche Regelungen auf Bundesebene erforderlich, z.B. zu umweltbezogenen Sorgfaltspflichten und effektiven Zertifizierungssystemen; zu nachhaltigen Praktiken im Finanzsektor; zur Finanzierung von Regenwaldschutzgebieten sowie zum maßvollen Import ausschließlich nachhaltigen Palmöls, der an den Erhalt wichtiger Ökosysteme geknüpft wird.

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis/die Landes- oder Bundesbehörde/die Organisation:

(Bitte unzutreffendes streichen und Name der Institution einfügen.)

hat die Deklaration mit Beschluss vom _____ angenommen (obligatorische Angabe),
durch folgendes Beschlussgremium _____ (optionale Angabe).

unterzeichnet die Deklaration durch den/die Vertretungsberechtigte/n:
_____ (obligatorische Angabe).
(Vorname, Name, Funktion)

(Ort, Datum, Unterschrift, ggf. Stempel)

Die Deklaration wurde von der Deutschen Umwelthilfe e.V. im Rahmen des Projektes „Nachhaltige und klimafreundliche Palmölproduktion und -beschaffung“ erstellt. Weitere Informationen unter: <https://www.duh.de/palmoel-aber-richtig/>